

„Den Abgeordneten muss der Popo ganz schön weh tun“

110 oberösterreichische Schüler übten Politik im Jugendparlament

Von Jasmin Bürger

WIEN. Was machen eigentlich die Abgeordneten im Nationalrat den ganzen Tag? Das durften 110 Schüler aus Oberösterreich am Freitag im Parlament selbst erleben: Im Zeitraffer wurde ein Gesetzesbeschluss nachgespielt – von Beratungen im Klub über Ausschusssitzungen bis zur Plenardebatte und dem Beschluss.

Mit dem Thema – härtere Strafen für Verhetzung im Internet – hatte Nationalratspräsidentin Doris Bures (SP) als Gastgeberin den Nerv der Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren getroffen. In den vier Klubs (türkis, weiß, gelb und violett), die jeweils von einem Abgeordneten betreut wurden, wurde der als Diskussionsgrundlage vorliegende Gesetzesentwurf schnell heftig diskutiert.

Soll es für einen „Ausrutscher“, wenn jemand etwa unbedacht ein Posting im Internet teilt, wirklich bis zu fünf Jahre Haft geben, fragte etwa Seline Unterwaditzer von den Gelben in der ersten Verhandlungsrunde mit ihren Mitstreitern.

Debatte über Hasspostings

Lucia Herber von den Weißen argumentierte gegen Nachsicht: „Ein Posting kann nicht unabsichtlich passieren.“ Und Leonard Reder, der mit den Türkisen den größten Klub vertrat, befand: „Ein Ausrutscher kann nur ein Akt der geringen Selbstbeherrschung sein.“

Manch einer tat sich schwer, in die Rolle des Politikers zu schlüpfen, der Gesetzestext sei „eine Herausforderung“, sagten einige. An-



Schüler bei ihrer ersten Plenardebatte

Foto: Parlamentsdirektion/Zinner

dere wirkten nach wenigen Stunden bereits wie Profis: Da wurde etwa das Argument, man könnte statt Strafen auch präventive Maßnahmen vorsehen, sehr deutlich abgewiesen: „Prävention funktioniert nicht, sonst würden wir heute nicht hier sitzen“, hieß es aus den türkisen Reihen.

Und wieder andere kämpften mit den Weiten des Hohen Hauses: „Jetzt samma einen Riesen-Umweg gegangen“, tönte es mehrmals durch die Säulenhalle.

Neben den Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und Neos standen den Schülern auch Experten zur Seite. Strafrechts-Professor Farsam Salimi etwa wurde zur Möglichkeit „straffreier Ausrutscher“ befragt: „Die gibt's im Strafrecht eigentlich nicht. Aber ein Vorsatz muss schon gegeben sein“, so Salimi.

Disziplinierter als die tatsächlichen Abgeordneten zeigte sich die Jugend bei der Plenardebatte: Kein einziger überschritt seine Re-

dezeit, auch Zwischenrufe gab es nicht. Den Schülern war es freilich auch gelungen, den Verhetzungsparagrafen so zu ändern, dass er einstimmig angenommen wurde. Lob gab es auch vom Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer, der die Sitzung leitete: „Einige Reden waren besser als die, die wir sonst hier hören.“

Lust auf Politik

Die Politik sehen viele nun mit anderen Augen: Der türkise Wortführer Reder etwa will sich „mehr mit Meinungen beschäftigen“, aber „lieber Anwalt werden“. Schulkollegin Lucia hingegen „kann sich jetzt schon vorstellen, in die Politik zu gehen“. Und auch Martin Ou, Klubobmann der Gelben, fühlte sich in der Rolle recht wohl. Wobei die langen Sitzungsstunden auch ermatten: „Den Abgeordneten muss der Popo ganz schön weh tun“, sagte Ou – zu einem Zeitpunkt, als die Plenardebatte noch nicht einmal begonnen hatte.

„Das Parlament gehört jedem Staatsbürger, jeder Staatsbürgerin. Fühlen Sie sich hier wie zuhause.“

■ **Gottfried Kneifel**, Bundesrats-Präsident, hatte die Jugendlichen aus seinem Heimat-Bundesland schon am Vorabend der Parlamentsitzung im Hohen Haus empfangen

„Das ist hier auch ein bisschen wie Krieg, ein Krieg der Worte. Man merkt schon, dass jeder etwas will und das auch durchsetzen möchte.“

■ **Martin Ou**, Akademisches Gymnasium Linz

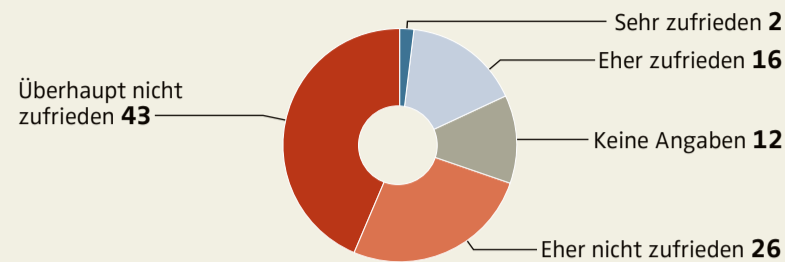
„Ich werde mich jetzt mehr mit Politik und Meinungen beschäftigen. Wenn das mehr Menschen tun würden, glaube ich, würden auch Wahlergebnisse anders aussehen.“

■ **Leonard Reder**, BRG Hamerling

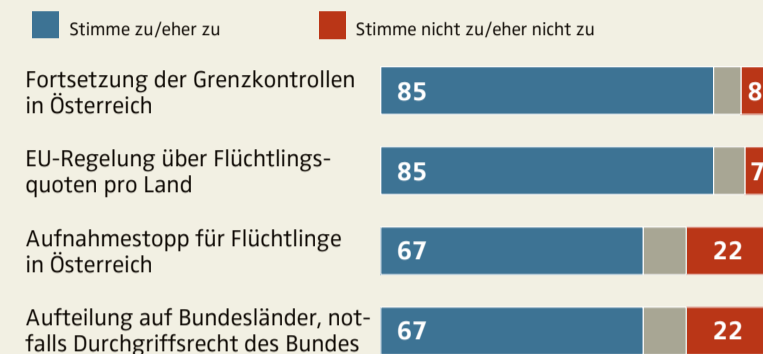
UMFRAGE ZUR FLÜCHTLINGSSITUATION 2015*

Angaben in % der Befragten, Rest auf 100 = keine Angaben

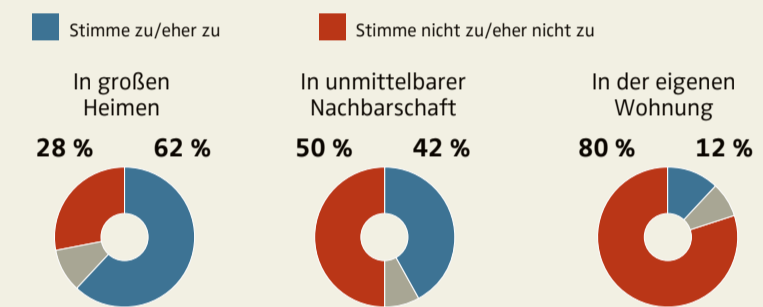
Zufriedenheit mit Politik



Maßnahmen für Umgang mit Situation der Flüchtlinge



Einstellung zur Unterbringung von Flüchtlingen



*Umfrage Oktober 2015, 1.008 Befragte

Grafik: OÖN, APA; Quelle: APA/IMAS

„Gefühl der Ohnmacht“

Flüchtlinge machen Bürgern zunehmend Sorgen

LINZ. Mehr als die Hälfte der Österreicher befürwortet einen Grenzzaun, um die Einreise von Flüchtlingen zu kontrollieren. Generell herrscht bundesweit eine klare Vorstellung, welche weiteren Maßnahmen notwendig wären: 85 Prozent wollen ein Fortführen der Grenzkontrollen in Österreich sowie eine Aufnahme-Quote für alle EU-Länder. Das ergab eine Umfrage des Linzer Meinungsforschungsinstituts IMAS, die am Freitag veröffentlicht wurde (Grafik oben).

„Insgesamt erhärtet sich der Eindruck, dass sich in der Bevölkerung

ein Gefühl der Ohnmacht und der Überforderung breitmacht“: So interpretiert IMAS die Ergebnisse. Andererseits zeigen die Österreicher viel Anteilnahme am Schicksal der Flüchtlinge (26 Prozent). Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation wachsen aber auch die Sorgen (22 Prozent). Es dominieren Sorgen wegen einer möglichen Islamisierung, Zunahme von Gewalt und Kriminalität sowie Angst um den eigenen Arbeitsplatz.

Befragt wurden tausend Österreicher ab 16 im Oktober – noch vor dem Terroranschlag in Paris.

WERBUNG

WELCOME TO MY WORLD

JOHN TRAVOLTA

S.M. WILD

Juwelier – Palais Kfm. Verein
Landstraße 49, 4020 Linz
+43 (0)732 77 41 05

BREITLING 1884

INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

CHRONOMAT 44